

Gesetz
zur Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und anderen
ausländischen Flüchtlingen im Freistaat Sachsen
(Sächsisches Flüchtlingsaufnahmegesetz – SächsFlüAG) ¹

Vom 28. Februar 1994

Der Sächsische Landtag hat am 27. Januar 1994 das folgende Gesetz beschlossen:

Erster Abschnitt
Allgemeiner Teil

§ 1
Geltungsbereich

Dieses Gesetz regelt die Aufnahme, Unterbringung und Zuweisung von Ausländern, die

1. eine Aufenthaltsgestattung nach dem Asylverfahrensgesetz besitzen (Asylbewerber),
2. nach unanfechtbarer Ablehnung ihres Asylantrages vollziehbar ausreisepflichtig sind,
3. nach den §§ 32 bis 33 des Ausländergesetzes aufgenommen worden sind,
4. aufgrund einer Anordnung nach § 54 des Ausländergesetzes geduldet werden,
5. nach oder in entsprechender Anwendung von § 1 des Gesetzes über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge aufgenommen worden sind (Kontingentflüchtlinge) oder
6. Ehegatten und minderjährige Kinder der in den Nummern 1 bis 4 genannten Personen sind, ohne dass sie selbst die dort genannten Voraussetzungen erfüllen. ²

§ 2
Unterbringungsbehörden

(1) Die Aufgaben nach § 1 obliegen den Unterbringungsbehörden.

(2) Unterbringungsbehörden sind

1. das Staatsministerium des Innern als oberste Unterbringungsbehörde,
2. die Mittelbehörden als mittlere Unterbringungsbehörden und
3. die Landratsämter und die Bürgermeisterämter der Kreisfreien Städte als untere Unterbringungsbehörden.

(3) Die den Landkreisen und Kreisfreien Städten übertragenen Aufgaben der unteren Unterbringungsbehörden sind Weisungsaufgaben; das Weisungsrecht ist nicht beschränkt.

(4) Die oberste Unterbringungsbehörde wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Aufgaben der unteren Unterbringungsbehörden den mittleren Unterbringungsbehörden oder einzelnen unteren Unterbringungsbehörden auch für das Gebiet einer anderen unteren Unterbringungsbehörde zuzuweisen.

Zweiter Abschnitt
Aufnahme und Unterbringung

§ 3
Aufnahme und Unterbringung

(1) Die mittleren Unterbringungsbehörden weisen die in § 1 genannten Personen den unteren Unterbringungsbehörden zu. Die oberste Unterbringungsbehörde wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung bestimmten mittleren oder unteren Unterbringungsbehörden Zuständigkeiten nach Satz 1 zu übertragen.

(2) Die unteren Unterbringungsbehörden übernehmen die Personen nach einem Schlüssel, der sich aus dem Anteil der Wohnbevölkerung des Landkreises oder der Kreisfreien Stadt an der Bevölkerung des Freistaates Sachsen errechnet, und bringen sie unter. Maßgeblich sind die Verhältnisse am 30. Juni des vorangegangenen

Jahres. Die mittleren Unterbringungsbehörden bringen die Asylbewerber sowie deren Ehegatten und minderjährigen Kinder in Aufnahmeeinrichtungen unter.

(3) Die Gemeinden sind verpflichtet, die unterzubringenden Personen aufzunehmen.³

§ 4 Einrichtungen für die Unterbringung

(1) Einrichtungen für die Unterbringung sind

1. Aufnahmeeinrichtungen nach § 44 Abs. 1 des Asylverfahrensgesetzes,
2. Gemeinschaftsunterkünfte nach § 53 des Asylverfahrensgesetzes und
3. sonstige Unterkünfte, insbesondere Wohnheime.

(2) Die Aufnahmeeinrichtungen werden von den mittleren, die übrigen Unterbringungseinrichtungen von den unteren Unterbringungsbehörden geschaffen und betrieben. Die Unterbringungsbehörden können diese Aufgabe Dritten übertragen. Die Verpflichtung nach § 3 bleibt unberührt.

(3) Bei der Schaffung der Einrichtungen für die Unterbringung haben die kreisangehörigen Gemeinden mitzuwirken und insbesondere geeignete Grundstücke und Gebäude zur Nutzung zur Verfügung zu stellen oder zu benennen. Soweit erforderlich, haben sie die Inanspruchnahme von Notquartieren zu dulden.

(4) aufgehoben

(5) aufgehoben⁴

§ 5 Pauschalen

(1) Der Freistaat Sachsen erstattet den Landkreisen und Kreisfreien Städten zur Abgeltung aller durch die Aufnahme und Unterbringung der in § 1 Nr. 1 bis 4 und 6 genannten Personen entstehenden Kosten eine Pauschale in Höhe von 1 201,54 EUR je Person und Vierteljahr. Die mittleren Unterbringungsbehörden setzen den zu erstattenden Betrag fest und zahlen ihn jeweils zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. September aus; maßgeblich ist die durchschnittliche Anzahl der jeweils am Ende des vorausgegangenen Vierteljahres untergebrachten Personen.

(2) Abweichend von Absatz 1 werden die erforderlichen Aufwendungen für Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt für das vorangegangene Kalenderjahr erstattet, soweit sie einen Betrag von 7 669,38 EUR je Person übersteigen.

(3) Der Freistaat Sachsen erstattet den Landkreisen und Kreisfreien Städten, in denen eine Erstaufnahmestelle für die in § 1 Nr. 5 genannten Personen sowie deren Ehegatten und minderjährigen Kindern liegt, die dadurch entstandenen Kosten der Aufnahme und Unterbringung für die Dauer von höchstens vier Wochen. Der Freistaat Sachsen erstattet ferner den Landkreisen und Kreisfreien Städten zur Abgeltung aller durch die Unterbringung dieser Flüchtlinge entstandenen Kosten eine Pauschale in Höhe von 639,11 EUR je Person und Vierteljahr. Die Pauschale wird zu den in Absatz 1 Satz 2 genannten Stichtagen ausgezahlt; maßgeblich ist die durchschnittliche Anzahl der jeweils an den Monatsenden des vorangegangenen Vierteljahres untergebrachten Personen. Die Erstattungsleistungen nach Satz 2 sind auf die Dauer von zwölf Monaten nach der Zuweisung begrenzt.⁵

Dritter Abschnitt Schlußbestimmungen

§ 6 Übergangsregelung

(1) Mit dem Inkrafttreten des Sächsischen Gesetzes zur Kreisgebietsreform (Kreisgebietsreformgesetz – **SächsKrGebRefG**) vom 24. Juni 1993 (SächsGVBl. S. 549) bemißt sich die Einwohnerzahl im Sinne von § 3 Abs. 2 Satz 2 nach dem neuen Gebietsstand. Sofern dadurch die Aufnahmequote der unteren Unterbringungsbehörden über- oder unterschritten wird, erfolgt der Ausgleich im Rahmen der Zuweisungen nach § 3 Abs. 1.

(2) Bis zum Inkrafttreten der Rechtsverordnungen nach diesem Gesetz gilt die Verwaltungsvorschrift zur Unterbringung von Asylbewerbern im Freistaat Sachsen vom 31. Juli 1991 (SächsABl. Nr. 24 S. 2) in der Fassung vom 16. Juni 1992 (SächsABl. S. 834) fort.

§ 7
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Dresden, den 28. Februar 1994

Der Landtagspräsident
Erich Iltgen

Der Ministerpräsident
Prof. Dr. Kurt Biedenkopf

Der Staatsminister des Innern
Heinz Eggert

-
- 1 Überschrift geändert durch [Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2000](#) (SächsGVBl. S. 513)
 - 2 § 1 neu gefasst durch [Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2000](#) (SächsGVBl. S. 513)
 - 3 § 3 geändert durch [Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2000](#) (SächsGVBl. S. 513)
 - 4 § 4 geändert durch [Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2000](#) (SächsGVBl. S. 513)
 - 5 § 5 Absatz 1 geändert durch [§ 37 des Gesetzes vom 12. Dezember 1995](#) (SächsGVBl. S. 399, 406), § 5 neu gefasst durch [Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2000](#) (SächsGVBl. S. 513), geändert durch [Artikel 35 des Gesetzes vom 28. Juni 2001](#) (SächsGVBl. S. 426, 429)
-

Änderungsvorschriften

Änderung des Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetzes

§ 37, Abs. 1 des Gesetzes vom 12. Dezember 1995 (SächsGVBl. S. 399, 406)

Änderung des Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetzes

Art. 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2000 (SächsGVBl. S. 513, 513)

Änderung des Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetzes

Art. 35 des Gesetzes vom 28. Juni 2001 (SächsGVBl. S. 426, 429)